

**DE**

|  |  |
| --- | --- |
| **Nr. 27/2015** | **23. April 2015** |

**DE**

**Erklärung des EWSA zu den jüngsten humanitären Tragödien im Mittelmeer**

Das Plenum des EWSA nimmt mit großer Trauer und Empörung den Tod Tausender Menschen im Mittelmeer zur Kenntnis und fordert erneut die Institutionen der Europäischen Union und die Mitgliedstaaten auf, die erforderlichen humanitären Maßnahmen und politischen Entscheidungen zu treffen. Die Europäische Union hat gegenüber Menschen, die vor Krieg, Verfolgung, Konflikten und Armut fliehen, eine Verantwortung.

Eineinhalb Jahre nach der Katastrophe vor Lampedusa spielen sich immer noch jeden Tag Tragödien ab. Hinsichtlich des von den Außen- und Innenminister der EU am 20. April beschlossenen 10-Punkte-Plans hält es der EWSA für unerlässlich, über ein Sicherheitskonzept hinauszugehen. Ein humanitärer Ansatz, Solidarität und eine faire Aufgabenverteilung sollten die wesentlichen Grundsätze einer gemeinsamen Einwanderungspolitik in der EU sein.

Der EWSA fordert den Europäischen Rat nachdrücklich dazu auf, auf seiner außerordentlichen Tagung am 23. April folgende Schritte zu erwägen:

* **Einleitung einer großangelegten humanitären Rettungs- und Aufnahmeoperation im Mittelmeer**, die über die Grenzschutzmission "Triton" der Agentur FRONTEX hinausgeht. Eine derartige Operation sollte denselben Ansatz verfolgen wie die italienische Mission "Mare Nostrum" und auf die Rettung von Menschenleben abzielen. Sie sollte die Mitgliedstaaten einbeziehen, aber von der EU finanziert werden. Der EWSA hält es für angezeigt, unverzüglich einen humanitären Korridor einzurichten. **Die EU muss ihre Asylpolitik verbessern.** Der EWSA hat mehrere Vorschläge zur Schaffung eines gemeinsamen Asylsystems erarbeitet; die bisher erlassenen Rechtsvorschriften sind jedoch unzureichend und wurden von den Mitgliedstaaten nicht angemessen umgesetzt. Vertriebene sind durch das Völkerrecht geschützt und sollten an den EU‑Außengrenzen ‑ entsprechend dem Grundsatz der Nichtzurückweisung an der Grenze ‑ einen Asylantrag stellen können. Es bedarf unbedingt einer gründlichen Überarbeitung der Dublin-Verordnung.
* **Die EU muss die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten fördern, insbesondere durch eine verhältnismäßige Verteilung der Flüchtlinge.** Sofortmaßnahmen sind notwendig, um jene Mitgliedstaaten finanziell, operationell und bei der Aufnahme von Flüchtlingen zu unterstützen, die aufgrund ihrer geografischen Lage die größte Last tragen. Die Zahl der Aufnahmeplätze im Rahmen des Resettlement-Programms sollte deutlich erhöht werden.
* **Die EU sollte ihre Zusammenarbeit mit dem Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCR)** sowie mit den an Konfliktgebieten angrenzenden Ländern **verstärken**, um Programme für den Empfang und Schutz von Tausenden Vertriebenen umzusetzen. Die Durchführung umfangreicher Operationen zur Suche und Rettung von Einwanderern auf See darf nicht allein der gewerblichen Schifffahrt überlassen werden. Die EU sollte mit internationalen Seeschifffahrtsbehörden zusammenarbeiten. Die **Einwanderungsgesetze und -maßnahmen der EU und der Mitgliedstaaten** **sollten** im Hinblick auf eine vereinfachte Aufnahme **revidiert werden**. Der EWSA betont, dass diese Politik auf einem Konsens beruhen muss und legale, offene und flexible Kanäle für die Einwanderung in die EU schafft, den Schutz grundlegender Rechte gewährleistet und als zentrales Element die Zusammenarbeit mit den Herkunftsländern vorsieht. Die Zusammenarbeit sollte gestärkt werden, um in Drittstaaten offizielle Stellen zur Unterstützung und Information potenzieller Migranten einzurichten. Die gesamte internationale Gemeinschaft muss dazu aufgefordert werden, ihrer Verantwortung nachzukommen und sich um angemessene Lösungen bemühen.
* **Intensivierung der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit zur Bekämpfung krimineller Netze von Menschenhändlern.** Die EU sollte mit den Herkunfts- und Transitländern zusammenarbeiten, um zu verhindern, dass Migranten in die Hände von Menschenhändlern fallen. Schleusen und Menschenhandel sind Straftaten, die unermüdlich verfolgt werden müssen. Der EWSA unterstreicht jedoch, dass weder die Migranten selbst noch diejenigen, die humanitäre Hilfe für in Not geratene Migranten leisten, kriminalisiert werden sollten.
* **Im Interesse eines weitreichenden und nachhaltigen Politikansatzes müssen sämtliche humanitäre Organisationen, die in den betroffenen Regionen tätig sind, umfassend finanziell und logistisch unterstützt werden.**
* Die Lösungen können nur dann langfristig wirksam sein, wenn die Kriege beendet werden und eine entsprechende politische, wirtschaftliche und soziale Stabilität in den sich im Konflikt befindlichen Ländern erreicht wird. Der Europäische Auswärtige Dienst muss in Zusammenarbeit mit der internationalen Gemeinschaft eine solche Strategie als Priorität behandeln.

**Für weitere Auskünfte wenden Sie sich bitte an:**

EWSA-Pressereferat

E-Mail: press@eesc.europa.eu

Tel.: +32 2 546 9406/ 0475 75 32 02

*\_\_****\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_***

*Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss gewährleistet die Vertretung der verschiedenen wirtschaftlichen und sozialen Bereiche der organisierten Zivilgesellschaft. Er ist eine beratende Versammlung und wurde 1957 durch die Römischen Verträge errichtet. Die beratende Funktion des EWSA ermöglicht es seinen Mitgliedern und damit auch den Organisationen, die diese vertreten, am Beschlussfassungsprozess der EU teilzuhaben. Dem Ausschuss gehören 353 Mitglieder an, die vom Rat der Europäischen Union ernannt werden.*

*\_\_****\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_***